

Die 4. Ministerkonferenz für Umwelt und Gesundheit in Budapest im Juni 2004

Fünfzehn Jahre nach der ersten Ministerkonferenz für Umwelt und Gesundheit in Frankfurt 1989 gibt die WHO Region Europa nach wie vor zukunftsweisende Impulse in die globale Politik für nachhaltige Entwicklung. Die Gastgeber aus Ministerien und Institutionen Ungarns haben für eine reibungslose Konferenzorganisation gesorgt, und mit wundervollen Abenden in angenehmer Umgebung den Gedankenaustausch langjähriger Begleiter des Prozesses Umwelt und Gesundheit mit neuen Partnern und jungen, engagierten Fachleuten aus allen Ländern der Region befördert.



Mit dem Kinderparlament, lebendiger Beteiligung junger Leute auf dem Podium und einer reichhaltigen Ausstellung wurde demonstriert, wie der Prozess von den abgehobenen ministerialen Sphären den Weg in die Alltagswirklichkeit vieler europäischer Länder gefunden hat. Breite politische Unterstützung für die Fortsetzung der bewährten Kooperation stärkten die Rolle der WHO und der Partnerschaft zwischen Mitgliedstaaten und NGOs. Von den thematischen „highlights“ können hier nur wenige gestreift werden.

Wie viel die Budapester Agenda der allgegenwärtigen Gesundheitsreform und der Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu bieten hat, wurde in einem gelungenen Slogan deutlich: Angesichts der Datenlage im „**Housing and Health Project**“, der zufolge in Europa erheblich mehr Unfälle (mit oder ohne Todesfolge) in viel zu kleinen Küchen als auf den Straßen geschehen, regte der WHO Sprecher an: „Build small kitchens and big hospitals, or big kitchens and small hospitals!“. Die Regierungen haben die Wahl. Allerdings darf das Gesundheitsministerium nicht allein gelassen werden, denn der stets wiederkehrende Ruf nach **Einbindung der „economic sectors“** begleitet uns seit der Helsinki-Konferenz 1994: Nationale Aktionspläne hatten zum Ziel, die anderen handelnden Partner einzubinden, sie zu verpflichten, ihren Teil an der Gestaltung von Umwelt und Gesundheit wahrzunehmen und gemeinsame Bemühungen zur Verbesserung zu stützen. Die zögerliche Umsetzung gerade dieser Programmpunkte der Londoner Agenda von 1999 lässt keine Illusionen zu: Brücken in die Wirtschaft, Vernetzung mit der Arbeitswelt, der Energie- oder Verkehrspolitik erfordern neue Impulse, vor allem ein engagiertes Eintreten der Gesundheits- und Umweltpolitik gemeinsam mit den NGOs und mit der Wirtschaft für eine gesündere, enkeltaugliche Zukunftspolitik.

Kann der Eintrittspfad über „Wohnen und Gesundheit“ eine neue Verbindung zwischen den Gestaltern oder Produzenten des Wohnumfeldes und den menschlichen Bedürfnissen herstellen? Werden Gesundheitspolitiker auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene das Handlungsmotiv Gesundheit benutzen um ihren Ressortkollegen attraktive, innovative Konzepte neuen menschlichen Wohnens näher zu bringen? Die Budapest Deklaration ist unterschrieben. Nun benötigen Gesundheitspolitiker lokal und international Unterstützung, um den guten, menschlich-sozialen wie auch volkswirtschaftlichen Argumenten Eingang in Entscheidungen über Materialien, Raumplanung und erneuerbare Energien zu verschaffen.

Die Debatte um das **Vorsorgeprinzip** machte erfreuliche Referenz zu der Jahrhunderte langen Tradition, ja der rechtlichen Verbindlichkeit seit 1930, in Deutschland. In der exzellenten Ansprache P. Grandjeans fehlte allerdings das Bleiverdikt des Herzogs von Württemberg und Teck (aus dem Jahre 1778), der mit machtvoller politischer Entscheidung dafür sorgte, dass fortan im südlichen Deutschland kein Kind Trinkwasser aus Bleileitungen trinken musste. Andere Potentaten warteten 200 Jahre auf die wissenschaftlich begründeten Guidelines der WHO. Auch die Autoren der Healthy Planet News vom 24.6. gingen den politischen Wissenschaftstheoretikern auf den Leim: „Precaution corrects bad science“ greift ebenso zu kurz wie die EPHA Sprecherin auf dem Podium mit der Annahme, wir benötigten einen „Precautionary Process for Assessing the Risk“. Nein: for Avoiding avoidable risks! Vorsorge war und ist erfolgreich in der Risikovermeidung, manchmal auch in der Gefahrenabwehr. Unabhängig von der Wissenschaft. Manchmal mit gesundem Menschenverstand, der sich außerhalb der scientific society hervorragend entfalten könnte.

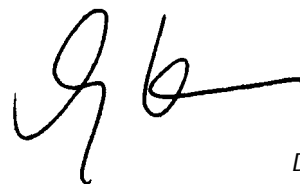
Das Auditorium in Budapest ließ sich diesmal noch von der Idee leiten, Vorsorge sei Wissenschaft, die noch nicht ganz fertig ist. Mut zum vermeidenden Handeln war nur bei der dänischen Initiative zum Verbot von phthalathaltigen Babyartikeln erkennbar. Damit bleibt die Politik erneut in der Warteschleife, bei allen anstehenden Aufgaben hoffentlich nicht wieder für 200 Jahre. Allerdings hat Europa mit dem von über 30 Ländern gemeinsam entwickelten neuen **Informationssystem für Umwelt und Gesundheit** nun ein Instrument der Harmonisierung. Hiermit könnte es gelingen, in einer Region mit über 30 Landessprachen zumindest bei der Vereinbarung grenzüberschreitender Ziele und Wege mit einer Zunge zu sprechen. Das wird guten Argumenten auf solider Wissensbasis zügigen Eingang in die europäische Politik und Gesetzgebung verschaffen. Das Argument unklarer Datenlage gilt fortan nicht mehr.

Umweltmediziner übernehmen zunehmend **Verantwortung für das Wohl der Kinder**, die an unterlassener Vorsorge leiden. Eltern, Pädagogen und Lehrer können viel bewirken, wenn es um die Entwicklung von Umwelt- und Gesundheitskompetenz geht. Beeindruckend menschliche Worte von Müttern (leider wenig von den Vätern) haben uns erneut darauf gestoßen, dass auch gut wollende und kompetente Eltern in ihrem Bemühen scheitern, wenn Politik nicht mutig die vermeidbaren Risiken angeht. EU-Kommissarin Margot Wallström hat in beeindruckender Weise auf die Diskrepanz zwischen Können und Wissen, Wollen und Handeln aufmerksam gemacht. Internationale Politik wird immer langsamer sein, als beispielgebende Impulse auf der nationalen oder lokalen Ebene. Es wäre zu wünschen, dass die als reaktionsschnell und effizient präsentierte Wirtschaft nicht (immer) auf international abgestimmte

„Rahmenbedingungen“ wartet. Erfolg und Kreativität dürfen gern auf das menschliche Wohl ausgerichtet werden. Ministerkonferenzen wie die in Budapest, und die Folgekonferenz 2009 in Rom böten dazu eine ausgezeichnete Gelegenheit.

Die Kooperation „bottom up - top down“ zwischen Politik und NGOs ist dafür ein unerlässliches Hilfsmittel. Die Budapester Konferenz profitierte inhaltlich von der breiten Beteiligung verschiedener Gruppen an den Beratungen des EEHC. Etwas distanziert erschien die Interaktion zwischen Ministerkonferenz und **Healthy Planet Forum** vor Ort. Das kann nicht allein an der räumlichen Distanz zwischen dem großartigen Konferenzzentrum und dem eher bescheidenen Tagungsort des Forums liegen. Die Fortsetzung des Prozesses in Europa und die Befruchtung globaler Initiativen braucht Signale aus der Politik, dass Investitionen in die Beteiligung für den Zusammenhalt nötig und sinnvoll sind. Kontroversen um neue Sorgen oder Stoffe, wie in der Phthalatdebatte in Budapest offenkundig, bedürfen eines friedensstiftenden Mechanismus. Der **Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa** mit der WHO als „honest broker“ hat das Potential, kann aber nicht separat handeln. Wenn die Regierungen sich verbindlich zu der Katalysatorfunktion der WHO bekennen, und den NGOs (auch durch finanzielle Unterstützung) das Gefühl von Chancengleichheit geben, bleiben Barrieren und Feindbilder so unbedeutend wie sie endlich nach Jahrzehnten unproduktiver und unseliger Konfrontation zwischen guten NGOs und böser Industrie geworden sind. Aber die Budapest Konferenz hat gezeigt, dass auch diese Elemente der Ressort und Institutionen übergreifenden Kooperation nicht vernachlässigt werden dürfen.

Aktion in Partnerschaft war das Motto der Londoner Konferenz. Sowohl **Aktion** als auch **Partnerschaft** wurden von vielen Sprechern in Budapest eingefordert. Mit einigen Begriffen aus der Ansprache der PSt Frau Marion Caspers-Merck: Unsere Kinder haben „**Proaktive Politik**“ und „**Prävention**“ verdient. Alle Beteiligten müssen dies einfordern, international, national, lokal und in der umweltmedizinischen Praxis.



*Dr. Günter Klein
Direktor
Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit
Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Bundeshaus
Görresstr. 15
D-53113 Bonn*